

## Rede des haushaltspolitischen Sprechers von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Dr. Arnd Kuhn, zum Haushalt 2012 / 2013 der Stadt Bornheim.

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Kämmerer und werte Gäste der heutigen Ratssitzung.

Nur 8 von 400 Kommunen in Nordrhein-Westfalen weisen einen ausgeglichenen Haushalt aus. Wir gehören nicht zu diesen acht. Wir haben einen knappen Haushalt, einen Nothaushalt. Derzeit kann unser Ziel mittelfristig nur sein, zunächst die Neuverschuldung runterzufahren und dann langfristig zu Entschulden. Ich verrate da kein Geheimnis: Davon sind wir noch weit, weit entfernt. Unser Ziel muss es aber auch sein, mit dem knappen Geld so klug umzugehen, dass wir unsere Stadt nicht kaputt sparen. Finanziell gut abgewogen, sozial gerecht und ausgewogen – das ist unsere grüne Leitlinie für diesen Haushalt.

Wir haben eine gute soziale Infrastruktur, und man merkt es im sozialen Gesamtgefüge der Stadt bisher noch nicht wirklich, wie knapp bei Kasse wir wirklich sind. Doch das ist wie bei Straßen: Überlässt man die gute Substanz sich selbst, zerbröseln sie und aus einer guten Straße wird eine Holperstrecke mit Unfallgefahr.

Unsere Schulen, unsere Kindergärten, unsere Jugendhilfe, unsere Weiterbildung sind gut aufgestellt. Wir streichen hier nicht, obwohl wir nicht die hinreichende Unterstützung von Bund und Land bekommen, die uns aufgrund der rechtlichen Aufgabenverpflichtung, die wir haben, zusteht.

Auch deshalb haben wir Baustellen, die – ich sage das ohne Umschweife - Schwachstellen in unserem Haushalt sind.

- So werden wir den **U3-Rechtsanspruch** mit geplant 35% geplant erfüllen. Aber wir wissen bereits jetzt, dass der Bedarf höher sein wird – das Deutsche Jugendinstitut hat aufgrund einer detaillierten Erhebung rund 43 % für Bornheim prognostiziert, Tendenz steigend. Wir werden hier in der mittelfristigen Planung nachbessern müssen, denn wir stehen in Bornheim für eine kinder- und familienfreundliche Politik. Die Schwarz/Grüne Koalition hat deshalb in einem gesonderten Antrag die Verwaltung beauftragt, zu berechnen, welche finanziellen Mittel notwendig sein werden, um den voraussichtlichen Bedarf von exakt 43,4% zu decken.
- Immer mehr Familien sind Doppelverdiener oder Alleinerziehende, auch in Bornheim. Dementsprechend steigt der Bedarf an **45-Stunden-Betreuung** in den Kindergärten stärker als es die dafür vorgesehene Summe in Haushaltsplan hergibt.
- Der Bedarf an Plätzen in den **Offenen Ganztagschulen** steigt immens. Auch dem können wir nicht mit einer auskömmlichen Finanzierung entsprechen. Ziel ist die Ganztagschule. Die OGS ist eine Krücke, die auch landeshaushaltspolitisch motiviert ist.
- Die **Inklusion** hat nun eine Ziffer in unserem Haushalt. Diese ist knapp bemessen. Es fehlt ihr vor allem die Einnahmenposition aufgrund der Mittel, zu denen das Land im Rahmen der Konnexität verpflichtet ist. Wir hoffen, dass sich die künftige Landesregierung – egal wie sie sich zusammensetzt - zu dem Ziel, das bereits fraktionsübergreifend beschrieben wurde, auch haushaltspolitisch bekennt. Dennoch ist es richtig und wichtig, sich auch in Bornheim auf den Weg zu machen und frühzeitig die Weiterentwicklung unserer Bildungs-

landschaft zu planen. Das tun wir. Hier haben wir konsequent die Markierung im Haushalt gesetzt. Aber auch dies wird mittelfristig vermehrt Ressourceneinsatz brauchen, denn für umsonst ist Inklusion nicht zu haben. Die Schwarz/Grüne Koalition unterstützt ausdrücklich die bereits bestehenden Angebote integrativer/inklusive Beschulung und möchte alle - unabhängig von der Schulform - finanziell unterstützen,

- Unsere **Erwachsenenbildung** steht sehr gut da. Die VHS ist fortschrittlich, sowohl durch ihre kommunenübergreifende Konstruktion als auch aufgrund ihres spannenden Angebotes. Dieses „Winning Team“ müsste dringend personell verstärkt werden. Leider fehlen uns auch hier die Mittel.
- Die **Stadtbücherei**, immer wieder gemeinsam mit dem Freizeitbad im Rotstift-Visier, wenn's ans Eingemachte geht, ist ein Bildungsschwerpunkt der unverzichtbar für Bornheim ist. Hier muss die Konzeption erneuert werden, neue Formen der Kooperation und der Gewinnung von Synergieeffekten sind denkbar. Doch all das verlangt Innovation und Kreativität, und die entsteht nicht, wenn die Stadtbücherei immer wieder auf die potentielle finanzielle Abschlusliste gesetzt wird.
- Die **Seniorenbetreuung** ist ins Stocken geraten, auch weil die Seniorenfachstelle der Wiederbesetzungssperre unterlag. Wir hoffen, dass diese Lücke bald wieder geschlossen wird, denn die Erfolge früherer Jahre versanden schnell und wären haushaltspolitisch vergeudet.
- Wir haben in unserem Haushaltsplan auch Positionen, die mehr **Bürgerbeteiligung** ermöglichen. Diese ist bitter notwendig, denn eine Stadt, die nur durch Bürgermeister und Rat „regiert“ wird, verarmt politisch. Deshalb ist es gut, richtig und zukunftsweisend, dass wir nun neben Integrationsrat und Seniorenbeirat auch ein Jugendparlament haben werden, auch wenn wir uns sein kleines Budget aus den Rippen schneiden müssen – sprich: Wir machen es haushaltsneutral und trotzdem möglich. Die Schwarz/Grüne Koalition begrüßt ausdrücklich das von Jugendlichen selbst initiierte Jugendparlament und sieht hier eine Chance, dass Jugendliche eigenverantwortlich und aktiv an der Gestaltung unserer Lebenswelt mitwirken.
- Unsere neue Sekundarschule in Merten geht nun nach dem großen Zuspruch und den vielen Anmeldungen mit vier Zügen an den Start. Bedauerlich ist, dass die Klassen voller sein werden als ursprünglich vorgesehen. Und überraschend sind die vielen Anmeldungen von Kindern mit Förderbedarf. Zwei integrative Klassen werden nun in Eile eingerichtet. Dadurch wird aber auch klar: Die Eltern nehmen den Grundsatz der Inklusion ernst. Deshalb müssen wir uns auch finanziell darauf einstellen.

### **Kommen wir zum Bereich Planung und Verkehr.**

- Auf Antrag der schwarz-grünen Koalition wurden hier zwei Stellen für zusätzliche Fachkräfte eingerichtet. Diese Stellen sind erforderlich, um die Zielvorgaben des 2010 verabschiedeten Flächennutzungsplanes umzusetzen und um den Stau im Planungsbereich abzubauen. Dass die SPD sich im Rahmen der Haushaltsberatungen unserem lange bekannten Antrag angeschlossen hat, begrüßen wir. Unredlich finden wir allerdings, diesen Antrag in einer Pressekonferenz als sozialdemokratische Idee darzustellen.

- Auf Antrag von CDU und Grünen wurde der Haushaltsansatz für die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes auf 15.000 € erhöht. Damit soll ein Fahrradschutzstreifen entlang der Königstraße vom Hellenkreuz bis zur Pohlhausenstraße ebenso geschaffen werden, wie eine Anbindung des Radweges auf der Bonner Straße ab der Einmündung der Siegesstraße zum in der Diskussion befindlichen Radwegebau an der Friedrichstraße. Wieder übernahm die SPD diesen Antrag, um ihn später als eigene Idee zu verkaufen. Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie: Stehen Sie doch dazu, dass sie immer wieder bei Schwarz-Grün abkupfern!
- Schwarz-Grün sieht es als wichtige Zukunftsaufgabe an, die Rheinorte durch einen fahrradfreundlichen Ausbau des Uedorfer Weges besser an Bornheim anzubinden. Auf Antrag von Grünen und CDU wurde der Bürgermeister deshalb beauftragt, eine Einschätzung vorzulegen, welche Kosten ein Ausbau des Uedorfer Weges verursachen würde und wie dies im Haushalt darzustellen ist.
- Auf Antrag der schwarz-grünen Koalition wurde beschlossen – vorbehaltlich ausreichender Kapazitäten und finanzieller Möglichkeiten – den bereits beschlossenen Straßenausbau „Am Tonberg“ und „Steinacker“ in Brenig in 2012 einzuplanen. Auch hier schlossen sich die Sozialdemokraten an.
- Die SPD unterstellt der schwarz-grünen Koalition in Presseverlautbarungen dennoch, keine „eigenen Gedanken vorzutragen“. Dies weisen wir entschieden zurück. Da muss man nur mal die frühzeitig allen anderen Fraktionen auf sechs Seiten tabellarisch zusammengefassten CDU/Grünen-Anträge zum Haushalt mit der in letzter Sekunde vorlegten einseitigen Tischvorlage der SPD-Fraktion vergleichen, in der noch nicht einmal eine Begründung der Anträge erfolgte. Im Verkehrs- und Planungsausschuss wurde dann auch schnell klar warum:
- Der SPD-Antrag, Mittel im Haushalt für Radargeräte einzusetzen, ist unsinnig, weil die Überwachung des fließenden Verkehrs Polizeiangelegenheit und Kreisaufgabe ist und gar nicht in die Zuständigkeit der Stadt fällt.
- Die von der SPD beantragte Ausweisung der Kosten für eine Gemeinschaftsfläche im Bereich der Rahmenplanung Sechtem scheiterte allein schon daran, weil die Planung sich noch im Anfangsstadium befindet, so dass die Kosten zur Zeit gar nicht eingeschätzt werden können.
- Für eine Bürgerbefragung bei bedeutenden Planvorhaben wie Sechtem wollten die Sozialdemokraten 5.000 € in den Haushalt einsetzen, ohne darlegen zu können, wie diese zusätzliche Befragung zu der umfassenden Bürgerbeteiligung im Rahmen dieser Planung aussehen sollte und welchen Sinn sie haben könnte. Ziel war offensichtlich nur, unsere Ablehnung dieser unsinnigen Ausgaben später dazu zu nutzen, die Grünen in der Presse als bürgerfeindlich zu diffamieren.

Meine Damen und Herren von der SPD, so kann man keine Haushaltspolitik machen. Deshalb stehen auch nicht Sie, sondern Grüne und CDU in der politischen Verantwortung in Bornheim. Und da lohnt es sich schon und ist unserer Meinung mehr als richtig, eine Haushaltsverabschiedung auch einmal um wenige Wochen zu verschieben, um wichtige Fragen wie z.B. die Auswirkungen von Steuererhöhungen auf den Haushalt und die Bornheimer Bevölkerung zu klären.

## **Einige Stichworte zur Rekommunalisierung und den Konzessionsverträge.**

2012 laufen in vielen Kommunen, so auch in Bornheim, die Konzessionsverträge für Strom und Gas aus. Aber auch für Straßenbeleuchtung, Wasser und Abwasser enden unsere Verträge bis 2014. Für den Stadtrat stellt sich die Frage: Neuabschluss der Konzessionierung zu finanziell besseren Bedingungen und ohne Risiko, oder Rekommunalisierung mit der Möglichkeit diese hoheitlichen Aufgaben selbst zu steuern. Der Rat hat sich einvernehmlich für eine Rekommunalisierung entschieden.

Dabei galt und gilt es eine Reihe von Grundsatz- und anschließend von Detailfragen zu klären. Entscheidend für eine selbstbestimmte Gestaltungsmöglichkeit der Stadt ist die Übernahme der Leitungsnetze. Damit sich die Stadt nicht in ein finanzielles Abenteuer stürzt beauftragte der Rat eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die Stadt in diesen Fragen zu beraten und die Übernahme der Konzessionierungen zu begleiten. Gleichzeitig wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Leitung des Bürgermeisters eingerichtet in der konstruktiv miteinander beraten wurde. Aktuell liegen uns Entwürfe für Strom- und Gaskonzessionsverträge verschiedener potentieller Vertragspartnern vor. Bis zur endgültigen Abstimmung über das Verfahren in einer der nächsten Ratssitzungen gibt es noch einiges zu tun. Unter anderem um Steuerfragen zu klären. Erst danach kann ein qualifizierter Ratsbeschluss erfolgen. Dabei hat für uns der Ausschluss finanzieller Risiken für die Stadt Bornheim oberste Priorität.

## **Einige Worte zum Bereich Sport und Kultur.**

Viele Turnhallen konnten mit KP-2-Mittel, aber auch mit Bornheimer Haushaltsmitteln, infrastrukturell, insbesondere energetisch saniert werden. Deshalb stehen die Bornheimer Sportstätten zum großen Teil sehr gut da. Auch sind einige Sportplätze ebenfalls so saniert und aufgewertet worden.

Wir Grünen fordern weiterhin eine Sportlerehrung sowie Würdigung des Ehrenamtes sofern dies von den Vereinen unterstützt wird.

Auf Antrag der Grünen wurde erstmalig im letzten Jahr mit großem Erfolg ein Chorfestival im AVH Gymnasium durchgeführt. Sogar mit internationaler Beteiligung. Bei dem Erfolg können wir davon ausgehen das dieses Festival ein „Selbstläufer“ werden kann, der alle zwei Jahre stattfindet.

## **Stichwort: Energiestadt Bornheim**

Auf dem Weg zur „Energiestadt Bornheim“ haben wir weitere Fortschritte gemacht um das große Potential regenerativer Energien, über das Bornheim verfügt, mehr und mehr auszuschöpfen. Ich will dieser Stelle nur einige Beispiele nennen:

- Trotz aller Unkenrufe und Vorwürfen gegenüber CDU und GRÜNE, zum Beispiel von der SPD und dem Bürgermeister, wurde im letzten Jahr noch rechtzeitig die Photovoltaikanlage auf dem Dach unseres frisch sanierten Rathauses in Betrieb genommen. Zu Zeit wird die Möglichkeit geschaffen, dass sich auch die Bürgerinnen und Bürger daran finanziell beteiligen können.
- Die besagte Rathaussanierung wurde auch unter energetischen Gesichtspunkten geplant. Dies führt zu deutlichen Einsparungen besonders bei der Gebäudetemperierung. Auf dem Rathausparkplatz stehen bereits zwei große LED-Laternen und in Kürze wird die *Venantiastrasse* als erste Straße in Bornheim mit LED Lampen ausgestattet. Dies führt nicht nur zu Energieeinsparungen, sondern auch zu deutlich verlängerten Wartungsintervallen. Der Einsatz dieser zukunftsweisenden Technik beruht auf grüner Initiative.

- Die Planungen eines großen Windradbauers und –betreibers scheinen gut voranzugehen. In Kürze sollte der Stand der Dinge dazu mitgeteilt werden. Wir gehen von einer zügigen Umsetzung aus, auch im Hinblick auf die dann fälligen Gewerbesteuer-Einnahmen und die weitere Möglichkeit der Bürgerbeteiligung.

Lassen Sie mich auch eine allgemeine und spezielle Anmerkungen zu den Themen **„Belastungen“** und **„Einnahmeerhöhungen“** machen.

Für Haushälter geht es bei der Sanierung des städtischen Haushaltes sowohl um Kostenvermeidung oder –reduzierung, als auch um die Verbesserung der Einnahmesituation. Bei letzterem sind die Möglichkeiten für eine Kommune allerdings sehr übersichtlich. Klar ist: Für die Aufstellung eines schlüssigen und genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes ist eine Erhöhung der Hebesätze für die städtische Gewerbe- und Grundsteuern unabwendbar. Damit dies für die Bornheimer Bevölkerung und für das ansässige Gewerbe berechenbar ist und bleibt, war für uns von Anfang an eine schrittweise Erhöhung der Hebesätze der Vorzug zu geben. Dies sahen und sehen wir anders als die Verwaltung, die eine enorme einstufige Erhöhung zu einem späteren Zeitpunkt geplant hatte.

An dieser Stelle auch eine Bemerkung zur umstrittenen Dichtigkeitsprüfung der privaten Hausanschlüsse. Der grüne Landesumweltminister Remmel hat das entsprechende Landesgesetz vorerst ausgesetzt. Sein Ziel dabei ist, dieses 2007 von der schwarz-gelben Landesregierung eingebrachten Gesetzes deutlich nachzubessern, denn bei strikter Umsetzung wären im Schadensfall auch auf die Bornheimer Bürgerinnen und Bürger zum Teil erhebliche Kosten zugekommen.

Zu einer deutlichen weiteren Einnahmeerhöhung für die Stadt Bornheim wird aber die von GRÜNEN und CDU beantragte Einführung der Zweitwohnsitzsteuer führen. Nach Berechnungen unseres Kämmerers voraussichtlich rund 250.000 Euro im Jahr.

Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass sich bei Einführung dieser Steuer EinwohnerInnen dafür entscheiden ihren Erstwohnsitz umzumelden. Dadurch steigt die Einwohnerzahl der Kommune und sachlogisch die Schlüsselzuweisung durch das Land. Der heutige Ist-Zustand wird also nur in gemeldete Zahlen überführt. Auf diese Einnahmen können und wollen wir nicht verzichten. Bleibt allerdings die Frage: „Warum haben wir dies nicht schon längst getan?“

Und dieses Verfahren ist auch mit einer guten Botschaft verbunden. Nämlich: Hierdurch werden die einzelnen Bürgerinnen und Bürger nicht belastet.

Sehr verehrte Damen und Herren,

wie in den letzten zwei Haushaltsreden, die ich für meine GRÜNE Fraktion gehalten habe komme ich auch diesmal nicht umhin auf die dramatische Finanzlage der allermeisten Kommunen, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, hinzuweisen. Dabei kommt mir der Film: „Und ewig grüßt das Murmeltier“ in den Sinn.

Denn gravierend ist weiterhin die in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegene Belastung mit Sozialausgaben auf mittlerweile über 43 Milliarden Euro. Dadurch haben insbesondere strukturschwache Kommunen keine Handlungsspielräume mehr. Das Thema Soziallasten der Kommunen bleibt auf der Tagesordnung – auch nach der schrittweisen Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund.

Einen Grund zur Entwarnung sieht daher z.B. der Deutsche Städtetag für viele Städte nicht. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude:

Zitat: „Die öffentlichen Haushalte erholen sich besser und schneller als erwartet von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das ist sehr erfreulich und hilft den Städten. Die europäische Staatsschuldenkrise hat jedoch jedem vor Augen geführt, dass unsere finanziellen Probleme – auch in Deutschland – noch lange nicht gelöst sind. Die Verschuldung bleibt ein Megathema, das nicht nur den Bund und die Länder, sondern auch die Kommunen gewaltig drückt.“

Trotz der besseren Zahlen steigt die Verschuldung Bornheims weiterhin an und dies wird so auch in den kommenden Jahren sein. Eine mittelfristige Überschuldung, das heißt das Aufbrauchen des gesamten Eigenkapitals steht nach wie vor im Raum.

Darüber hinaus stehen für unsere kommunale Haushaltsicherung diverse grundsätzliche Risiken im Raum die die Umsetzung unseres mittelfristigen Sanierungsplanes mehr als in Zweifel stellen. Diese seien hier nur als Stichwort genannt:

- Die Weiterentwicklung des Gemeindefinanzierungsgesetzes.
- Kurzfristige finanzielle Unwägbarkeiten durch Auflösung des Landtages, z.B. Blockierung von Fördermitteln.
- Die ungewisse Zinsentwicklung.
- Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa.
- Die notwendige weitere Sanierung von öffentlichen Gebäuden, Straßen und Plätzen.
- Die Pensionslasten und Lohnentwicklung.

Wie in meiner letzten Haushaltsrede möchte ich an §1 der Gemeindeordnung erinnern. Darin heißt es: „Die Kommunen haben die Aufgabe, das Wohl der Einwohner zu fördern. Die Gemeinden handeln zugleich in Verantwortung für die zukünftigen Generationen“.

Wenn wir dieser Aufgabe gewissenhaft nachkommen wollen brauchen wir da nicht einen Schuldenschnitt?

Unsere „Neuverschuldungsrate“ und der „Anteil der Gesamtverschuldung am Gesamtvermögen“ sind DEUTLICH schlechter als z.B. im viel zitierten und diskutierten Griechenland. Natürlich lassen sich hier Parallelen nicht wirklich ziehen, aber die Betrachtung der Zahlen macht es vielleicht deutlicher.

Nur, wer würde den Schuldenschnitt für Bornheim finanzieren? Der BUND oder das LAND? Daran fehlt mir der Glaube wenn ich allein nur an die aktuelle bzw. geplante Gesetzeslage zum Verbot der Neuverschuldung bei Bund und Land denke. Müssen wir nicht auch ganz andere Wege gehen?

In der Vorbereitung dieser Haushaltsrede kam mir dazu Folgendes in den Sinn:

Es wird immer davon gesprochen, dass wir in Bornheim ein strukturelles Problem haben. Das bekam ich schon zu hören als ich mich vor 10 Jahren das erste Mal mit Bornheimer Kommunalpolitikern über die Finanzsituation unterhielt.

Müssen wir denn nicht dann an den Strukturen was ändern? Bei der Größe des Finanzierungsproblems sogar Grundlegendes?

Dazu meine persönliche Meinung, die bisher weder in der Ratsfraktion diskutiert wurde, noch – zumindest meines Wissens nach - irgendwo auf Landes- oder Bundesebene grüne Programmatik ist.

Wir haben 16 Bundesländer. Fast jeder sagt: Das sind viel zu viele. Viele sind eigenständig nicht überlebensfähig. Dies zeigt auch der Finanzausgleich. Würden nicht auch zum Beispiel 6 Bundesländer ausreichen? Das brächte enorme Einspareffekte. Aber welches Landesparlament löst sich schon selber auf?

Vor diesem Hintergrund: Sollten wir nicht auch an den kommunalen Strukturen Grundlegendes ändern? Eine deutlich stärkere, auch strukturelle nachbarschaftliche Kooperationen bilden oder noch weitergehender?

Mir ist klar: Es wird da viele WENNS und ABERS geben. Ich kann und will hier lediglich zu einem Nachdenken, vielleicht zu einer Diskussion, anregen, auch wenn diese nicht nur angenehm ist.

Für mich ist jedoch klar: Strukturellen Probleme kann man nur mit Strukturänderungen entgegenwirken. Je früher wir dies erkennen und anpacken, um so eher werden wir wieder den Vorgaben von § 1 der Gemeindeordnung gerecht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.